

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT RUSSLANDS VOR NEUEN HERAUS- FORDERUNGEN

Werner Gumpel

DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE NACH DEM PRÄSIDENTENWECHSEL

Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und dem Zerfall der Sowjetunion haben sich die Wirtschaft und die wirtschaftlichen Bedingungen in Russland grundlegend geändert. In einem schmerzhaften Prozess ist das Land von einer zentralistischen Planwirtschaft in ein marktwirtschaftlich orientiertes System transformiert worden. Die damit in Verbindung stehenden Probleme sind weithin bekannt: Die Privatisierung der bis dahin fast ausschließlich in staatlichem Eigentum stehenden Wirtschaft war gekennzeichnet durch den Aufstieg der so genannten Oligarchen, d.h. Personen, die auf Grund ihrer Verbindungen zu Politik und Geheimdienst unendliche Reichtümer bei sich zu konzentrieren wussten, und durch den Wechsel großer Teile der Parteikader in die Wirtschaft, was insbesondere unter Präsident Jelzin geschehen ist. Während sich die alten Institutionen der Wirtschaft auflösten, ohne dass gleichzeitig neue geschaffen wurden, entstand ein Filz von Staat, Geheimdienst und Mafia, die sich gegenseitig unterstützten und einander zuspielten bzw. ein Konglomerat darstellten und noch immer darstellen. Verbunden war dies zunächst mit einem Niedergang der wirtschaftlichen Aktivität und mit Wachstumsverlusten. Die Überwindung dieses Dilemmas erforderte einen grundsätzlichen Wandel der Wirtschaftspolitik und damit der Bedingungen und Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung und ihrer Quellen, aber auch die



Prof. Dr. Werner Gumpel ist emeritierter Professor für Politikwissenschaft und ehemaliger Vorstand des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft Ost- und Südosteuropas der Universität München.

Nach dem Fall der Sowjetunion erlebte Russland rasch die Auflösung seiner alten Wirtschaftsstrukturen. Diesen folgte ein Filz aus Staat, Geheimdienst und Mafia, der den ökonomischen Ruin des Landes forcierte, zumal die Gewinne aus dem Öl- und Gasgeschäft nicht auf Nachhaltigkeit beruhen, sondern auf der Gier nach schnellem Geld. Eines der aktuellen Probleme ist der steigende Energiebedarf. Neue Quellen gibt es zwar in Ostsibirien und im Fernen Osten, doch da fehlen die Infrastruktur und die Bevölkerung. Auch die russische Gesellschaft hat Probleme – niedrige Löhne und eine hohe Arbeitslosigkeit, steigende Selbstmordraten und verbreiteter Alkoholismus, Medikamentenknappheit und Wohnungsnot. Und die Politik selbst macht kein gutes Bild: Sorge bereiten Korruption und Willkür in der Rechtsprechung, Umweltgefährdung und fehlender Bevölkerungsschutz. Russland, ein sektoral und sozial gespaltenes Land, steht am Scheideweg. Viel Grund zu einer optimistischen Sicht in die Zukunft besteht nicht.

Schaffung von Institutionen, derer ein marktwirtschaftliches System bedarf.

Dieser Prozess ist bei Weitem noch nicht beendet, obwohl in dieser Hinsicht in den fast zwei Jahrzehnten, die seit dem Zusammenbruch der UdSSR vergangen sind, einiges erreicht worden ist. Insbesondere wurde ein zweistufiges Bankensystem nach westlichem Vorbild geschaffen, das die Grundlage des Finanzsystems darstellt. Das Außenhandelssystem wurde liberalisiert, das Steuersystem reformiert. Das Land hat in den vergangenen Jahren ein hohes wirtschaftliches Wachstum ausgewiesen, auch wenn die offiziellen Zahlen mit einer gewissen Zurückhaltung aufgenommen werden müssen. Der Höhepunkt des Wachstums wurde mit 7,3 Prozent für das Jahr 2003 ausgewiesen, seither ist ein gewisser Rückgang zu verzeichnen, im Jahr 2007 lag die Wachstumsrate aber noch immer bei 6,4 Prozent.¹ Diese Zahlen, von denen wir in Westeuropa nur träumen können, müssen jedoch relativiert werden. Ohne den starken Export von Erdöl und Erdgas und den Anstieg der Weltmarktpreise für diese Produkte wäre ein Wachstum dieses Ausmaßes nicht möglich gewesen. Immerhin bestehen fast 60 Prozent der russischen Exporte aus diesen zwei Gütern. Nach Angaben der Weltbank sind 70 Prozent des Tempos der russischen Wirtschaftsentwicklung seit dem Jahr 2003 mit den hohen Exportpreisen von Erdöl und Erdgas verbunden. Selbst wenn dies nur 60 Prozent wären, so der russisch-armenische Wirtschaftswissenschaftler Aganbegjan, würde das bedeuten, dass vier Prozent des ausgewiesenen siebenprozentigen jährlichen Wachstums auf konjunkturellen Faktoren beruhen und nur drei Prozent auf eigenen Anstrengungen.² Aganbegjan weist aber auch darauf hin, dass die hohen Förderzahlen und damit die Verfügbarkeit von Erdöl und Erdgas für Exportzwecke derzeit nur darauf beruhen, dass die am leichtesten zugänglichen Vorkommen ausgebeutet werden, und zwar ohne Berücksichtigung der eintretenden Umweltschäden. Der Ausbeutungsgrad der vorhandenen Bohrlöcher ist wie eh und je niedrig. Die weniger ergiebigen werden links liegen gelassen. Es lockt das schnelle Geld. Viele der großen Erdöl- und Erdgasvorkommen verzeichnen einen Förderrückgang. Das betrifft nicht nur die Lagerstätten im europäischen Landesteil, sondern auch in Westsibirien und in Tatarstan.

1 | *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13. 6. 2007.

2 | A. G. Aganbegjan, „*Ekonomika Rossii na pereputje*“, in: *Eko (Ekonomika i Organizacija)*, Nr. 7/2007, S. 11.

MEDWEDJEWS ÖKONOMISCHES ERBE

Präsident Medwedjew hat also ein schwieriges ökonomisches Erbe angetreten, denn, wie wir sahen, ist die weitere russische Wirtschaftsentwicklung in allen ihren Facetten nicht nur von einer Beibehaltung des bisherigen Förderstandes bei Erdöl und Erdgas abhängig, sondern auch von dessen Erweiterung und der Preisentwicklung am Weltmarkt. Ziel Medwedjews ist die Beibehaltung hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten und eine Erhöhung des Volkswohlstandes, der sich bisher fast ausschließlich in den großen Städten vermehrt hat, während auf dem Land nach wie vor Armut herrscht. Das aber bedeutet nicht nur eine steigende Nachfrage der Industrie, sondern auch der Bevölkerung nach primärer und sekundärer Energie. Zudem besteht die Notwendigkeit, die Versorgung der Bevölkerung mit Erdgas zu verbessern. Verglichen mit den Vorräten des Landes und der Bedeutung der Gasexporte verfügen bisher nur vergleichsweise wenige Russen über einen Anschluss an die Gasversorgung. Ein Regierungsprogramm sieht vor, jährlich 13 bis 15 Millionen Menschen neu der Gasversorgung zuzuführen. Dies würde, so es Verwirklichung fände, eine beträchtliche Steigerung der Nachfrage nach Gas bringen. Da aber gleichzeitig die Förderung von Erdgas jährlich um ein Prozent abnimmt, sinken die Mengen, die für den Export zur Verfügung stehen.³ Schon jetzt deckt Russland einen großen Teil seiner Gaslieferungen nach Europa mit Importen aus Turkmenistan und Kasachstan.

Die Nachfrage nicht nur der Industrie, sondern auch der Bevölkerung nach primärer und sekundärer Energie steigt.

Die russische Regierung steht daher vor der Aufgabe, neue Lagerstätten zu erschließen. Sie liegen in dem bisher wenig erschlossenen Osten Sibiriens und im Fernen Osten. Dort mangelt es nicht nur an allen Formen von Infrastruktur, es fehlen auf Grund der geringen Siedlungsdichte auch die Menschen, die diese Aufgabe übernehmen können. Mehr noch: Der Osten des Landes verzeichnet auf Grund der miserablen Lebensbedingungen eine ständige Abwanderung der Bevölkerung. Wladimir Putin sprach noch als Präsident davon, dass 13 Millionen Russen in den Fernen Osten und nach Ostsibirien umgesiedelt werden sollen, nunmehr ist sogar von 18 Millionen Menschen die Rede.⁴ Wie das geschehen soll, wird allerdings nicht gesagt. Zum einen nimmt die Bevölkerung des

3 | Ebd., S. 10.

4 | Vgl. www.izvestija.ru, 22. 3. 2008.

Landes auf Grund des Geburtenrückganges und der hohen Sterblichkeitsziffern ständig ab. Sie wird, so Schätzungen, bis zum Jahr 2050 von derzeit 142 Millionen auf 113 Millionen sinken.⁵ Zum anderen sind wegen der geringen Erschließung des Ostens nur wenige Menschen zu einer freiwilligen Umsiedlung bereit.

DIE CHINESISCHE LANDNAHME

Im Fernen Osten ist die Lage jedoch besonders beunruhigend, denn wo die Russen gehen, kommen die Chinesen. Den dünn besiedelten russischen Regionen steht ein von Menschen überbordendes chinesisches Grenzgebiet gegenüber.

In den russischen Grenzgebieten zu China leben insgesamt vier Millionen Russen, auf der anderen Seite der Grenze jedoch hundert Millionen Chinesen.

In den russischen Grenzgebieten zu China leben insgesamt vier Millionen Russen, auf der anderen Seite der Grenze jedoch hundert Millionen Chinesen.⁶ Die Zahlen über die chinesische Zuwanderung weichen stark voneinander ab. Offizielle Stellen nennen die Zahl dreihunderttausend, in der russischen Presse wird jedoch von drei bis zu zwölf Millionen gesprochen. Erscheint die erste Zahl als zu niedrig angesetzt, so die letztere als zu hoch. Aber allein die Zahl der illegal zugewanderten Chinesen wird auf zwei Millionen geschätzt. Ein Faktum jedoch ist, dass nicht nur Dörfer, sondern auch kleinere Städte inzwischen voll in der Hand der Chinesen sind, deren Straßen chinesische Namen erhalten. In einem bekannt gewordenen Fall wurde die Ortschaft selbst umbenannt. Die russische Zeitung *Iswestija* schrieb im Januar 2006 über die Beunruhigung der Menschen und deren Ängste: „In zehn Jahren wird der Ferne Osten von Chinesen besiedelt sein und dann wird er insgesamt an China übergehen.“⁷

Der Vorteil der chinesischen Landnahme besteht darin, dass die wegen Abwanderung bzw. Alkoholismus der Bewohner sterbenden Dörfer neu besiedelt werden und das Land bestellt wird, also nicht verstept. Die verbliebenen Bewohner werden von den Chinesen zur Arbeit angehalten und lernen zu arbeiten und dem Alkohol zu entsagen. Zur Legalisierung ihres Aufenthalts heiraten viele Chinesen russische Frauen, die ihrerseits die fleißigen Chinesen ihren stets betrunkenen

5 | Vgl. www.newsru.com, 1. 5. 2008.

6 | *Nezavisimaja gazeta* (www.ng.ru), 3. 8. 2007.

7 | www.izvestija.ru, 12.3.2008 und 20.1.2006.

Männern vorziehen. Allerdings führt die Immigration von Chinesen, denen ein Wille zur Integration fehlt, auch zu schweren ethnischen Ausschreitungen. Kitoboj, also die Jagd auf Chinesen (*kit* = Walfisch, hier für *kitajez* = Chineser; *kitoboj* = Walfang, Schlachten von Walfischen), ist vor allem unter der Jugend zu einem Volkssport geworden.⁸

Diese Entwicklung ruft nicht nur bei der russischen Bevölkerung, sondern auch bei der Regierung große Besorgnis hervor und stellt eine Herausforderung für den neuen Präsidenten dar. Die „friedliche Landnahme“ entspricht der chinesischen Konzeption der „Schaffung strategischer Grenzen und von Lebensraum“. Sie besagt, dass Bevölkerungswachstum und Begrenztheit der Ressourcen Chinas eine Erweiterung des Staats- und Wirtschaftsraums und der „natürlichen Existenzsphäre“ erfordern. Die Entwicklung in Russlands Fernem Osten stellt daher für Russlands Wirtschaft und Politik eine tief greifende wirtschaftliche und politische Herausforderung dar. Präsident Putin urteilte, dass der Stand der Wirtschaft der Region und deren sozialer Sphäre eine ernsthafte Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes darstellt.⁹

Die „friedliche Landnahme“ entspricht der chinesischen Konzeption der „Schaffung strategischer Grenzen und von Lebensraum“.

Zur Lösung der genannten Probleme sind umfangreiche Investitionen erforderlich. Obwohl das Land mittlerweile Devisenreserven von ca. 480 Milliarden Dollar angehäuft hat, fehlen im Haushalt die notwendigen Mittel. Auf die Probleme der Infrastruktur wurde bereits verwiesen. Vor allem die Verkehrsinfrastruktur und die soziale Infrastruktur, aber auch das Bildungswesen bedürfen umfangreicher Investitionen, wenn Russland im Wettbewerb mit den westlichen Industriestaaten bestehen will. Die meisten russischen Industrien sind, wie Abel Aganbegjan betont, technisch stark veraltet sowie nicht wettbewerbsfähig und können nicht als „Generatoren des wirtschaftlichen Wachstums“ bezeichnet werden – und das trotz des riesigen Devisenzuflusses, der den Import moderner Technologien möglich macht, die in Russland selbst nicht hergestellt werden.¹⁰

Die inländische Kapitalbildung ist nicht ausreichend. Die russischen Banken gehören zudem, nach den Worten Aganbeg-

8 | Ebd.

9 | www.lenta.ru, 20. 12. 2006.

10 | Vgl. A. G. Aganbegjan, a. a. O., S. 12.

jans, zu den schwächsten der Welt. Die russische Industrie ist daher gezwungen, auf ausländische Kapitalquellen zurückzugreifen. Sie machen etwa 20 Prozent der Gesamtinvestitionen aus. Aus diesem Grund sind die Auslandsschulden der russischen Unternehmen und Organisationen bis zum Jahr 2007 auf etwa 300 Milliarden Dollar angestiegen. Für 2008 wird mit 400 Milliarden Dollar gerechnet. Die Kreditaufnahme im Ausland hat sich laut Aganbegjan in den vergangenen Jahren auf 50 bis 60 Milliarden Dollar jährlich belaufen, mit steigender Tendenz, wobei ausgerechnet der Gasmonopolist Gasprom

Der russische Staat und die russischen Unternehmen sind mit 527 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet.

mit einer Schuldenlast von 40 Milliarden Dollar der größte Schuldner ist.¹¹ Der russische Staat und die russischen Unternehmen sind mit 527 Milliarden Dollar im Ausland verschuldet.

Bis zum Ende 2008 müssen die Unternehmen rund 45 Milliarden Dollar an ausländische Gläubiger zurückzahlen, bis Ende 2009 müssen für diesen Zweck weitere 120 Milliarden Dollar aufgebracht werden.¹²

Dies hat sich im Rahmen der internationalen Kreditkrise mit ihren weltweiten Folgen auch auf das russische Finanzwesen, insbesondere den Aktienmarkt, und nicht zuletzt auf die Banken ausgewirkt, von denen einige vor dem Bankrott stehen. Allerdings steht hier, ähnlich wie in den USA und Westeuropa, der Staat in den Startlöchern, um eine „derartige Situation unter Einsatz eigener Mittel zu regulieren“, so eine Aussage von Michail Kopejkin, dem stellvertretenden Leiter des Regierungsapparats der Russischen Föderation.¹³ Die vorhandenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden, wie russische Ökonomen hervorheben, durch eine verfehlte Wirtschaftspolitik noch verstärkt. Als Schlüsselfaktoren werden hier die Schwäche des nationalen Finanzsystems, die übermäßige Abhängigkeit von den ausländischen Märkten, die Zunahme der Korruption, die geringe Qualifikation der Arbeiter und Angestellten, die Erhöhung der Steuern, aber auch die Verringerung der Rentabilität der Mehrzahl der russischen Unternehmen angeführt.¹⁴ Zur Änderung der gegebenen Umstände sind umfangreiche Reformen und neue Gesetze zur Erleichterung von Investitionen erforderlich, insbesondere ein Gesetz zum Schutz des privaten Eigentums. Gerade in letzter Zeit nämlich bemüht sich die russische Regierung um eine teil-

11 | Ebd., S. 14 und S. 16.

12 | *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 9.10.2008.

13 | www.newsru.com, 28. 9. 2008

14 | M. Sergejew, in *Nezavismaja Gazeta* vom 3.10.2008.

weise Resozialisierung privatwirtschaftlich organisierter Unternehmen. Dies gilt insbesondere für den Rohstoffbereich.

DAS SOZIALE PROBLEM

Einen weiteren Problembereich stellt die soziale Lage der Bevölkerung dar. In Hinblick auf die Höhe des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der Bevölkerung steht Russland unter 180 Ländern an fünfzigster Stelle. Dies zeigt sich auch in den Löhnen, die trotz mehrfacher Erhöhungen niedrig sind. Die Inflation frisst jedoch einen großen Teil dieser zusätzlichen Einkommen auf. Sie beläuft sich derzeit offiziell auf 16 Prozent.

Die Inflation beläuft sich derzeit offiziell auf 16 Prozent.

Real dürfte sie erheblich höher liegen. Die Preissteigerungen machen sich insbesondere bei einer Vielzahl von Lebensmitteln bemerkbar. Der Staat tut nichts oder zu wenig, um die Inflation zu bekämpfen, zu der auch seine ständig zunehmenden Ausgaben im Bereich der Rüstung und für den Staatsapparat beitragen. Zweifellos haben auch die riesigen Devisenzuflüsse aus dem Verkauf von Energieträgern Einfluss auf die Geldentwertung im Lande. Aber auch die internationale Finanzkrise hat Auswirkungen auf die Inflation. Da auch die russischen Banken von ihr betroffen sind, versuchen Finanzministerium und Zentralbank sie durch kräftige Finanzspritzen zu stabilisieren, was einen zusätzlichen Inflationsschub von ein bis zwei Prozent bewirken wird.¹⁵

Abgenommen hat die registrierte Arbeitslosigkeit. Groß bleibt dagegen die verdeckte Arbeitslosigkeit, die ihren Ausdruck u.a. in einer florierenden Schattenwirtschaft findet, die für viele Menschen die einzige Möglichkeit zum Überleben darstellt. Einige Indikatoren verweisen jedoch auf die nach wie vor prekäre soziale Lage der Bevölkerung. Hierzu gehört die hohe Selbstmordrate. Mit 62,6 Selbstmorden pro 100 000 bei Männern und 11,6 Selbstmorden pro 100 000 bei Frauen wird Russland auf dem Boden der ehemaligen Sowjetunion nur von Litauen übertroffen (75,6 bzw. 16,1; Deutschland: 20,4 bzw. 7,0). Besonders bedrückend ist in diesem Zusammenhang die hohe Selbstmordrate unter Jugendlichen.¹⁶ Beunruhigend auch ist die Vielzahl der Selbstmorde in der russischen Armee. Allein im ersten Quartal 2008 schieden 100 Soldaten

15 | *Nezavisimaja Gazeta* (www.ng.ru), 23. 9. 2008.

16 | Werner Gumpel, „Zur sozialen Lage im neuen Russland“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 9/2004, S. 9.

durch Suizid aus dem Leben. Das zeugt von den erschreckenden Zuständen, die in den Streitkräften herrschen.¹⁷

Auch das Gesundheitswesen, das von jeher im russischen bzw. sowjetischen Staat vernachlässigt worden ist, bedarf dringend einer Verbesserung. Ein wirkliches System der Krankenversicherung gibt es bisher nicht oder nicht mehr. Nach Schätzung des russischen Gesundheitsministeriums müssen die Patienten bis zu 50 Prozent der Aufwendungen aus der eigenen Tasche bezahlen, wobei Medikamente für die meisten Russen unerschwinglich sind. Die russische Verfassung allerdings verspricht eine freie medizinische Versorgung. Unter den gegebenen Umständen ver-

Die Lebenserwartung der Russen, insbesondere der Männer, liegt erheblich unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten.

wundert es nicht, dass die Lebenserwartung der Russen, insbesondere der Männer, erheblich unter dem Durchschnitt der westlichen Industriestaaten liegt,¹⁸ was allerdings auch dem exzessiven Alkoholismus breiter Bevölkerungskreise und der herrschenden Umweltverschmutzung zuzuschreiben ist. In Hinblick auf den Stand des Gesundheitswesens nimmt Russland nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation unter 208 Staaten den hundertvierzigsten Platz ein. Besonders hoch ist die Kindersterblichkeit mit elf Toten auf tausend Neugeborene.

Von großer Brisanz ist auch das Wohnungsproblem, dessen Lösung erneut einen erheblichen Kapitaleinsatz erfordert, der aber trotz eines entsprechenden Regierungsprogramms nur zögernd erfolgt. Nach wie vor herrscht insbesondere in den großen Städten ein Wohnungsdefizit. Ein großer Teil des Wohnungsbestands bedarf dringend der Renovierung und Modernisierung. Putin hatte das Wohnungsproblem zur wichtigsten Aufgabe, die es zu lösen gelte, erklärt. Doch geschehen ist wenig.¹⁹

DAS GRUNDÜBEL: DIE KORRUPTION

„Die Korruption in Russland hat Ausmaße angenommen, die nicht mehr geduldet werden dürfen“, erklärte kürzlich der Lei-

17 | *Nezavisimaja Gazeta* (www.ng.ru), 23. 7. 2008

18 | *Izvestija* vom 22.1. und 23.3.2004. Die mittlere Lebenserwartung belief sich im Jahr 2007 bei Männern auf 60,4 Jahre, bei Frauen auf 73,2 Jahre. www.ng.ru, 25. 8. 2008 (Deutschland 2007: Männer 77 Jahre; Frauen: 82 Jahre).

19 | *Moskauer Deutsche Zeitung Online*, 1.6.2004.

ter der Präsidentschaft, Sergej Naryschkin. Er ist zugleich Vorsitzender des beim Präsidenten angesiedelten Antikorruptionskomitees. Korruption, so Naryschkin, sei keine ausschließlich russische Erscheinung, doch sei sie in Russland eine zur Gewohnheit gewordene alltägliche Erscheinung, die die Interessen des Staates und der Gesellschaft schädige. Ein ganzes Bündel von neuen Gesetzen soll der ausufernden Korruption entgegenwirken. Präsident Medwedjew hatte sie bei Amtsantritt als „eines der schlimmsten Probleme“ bezeichnet, die in Staat und Gesellschaft existieren und die nationale Sicherheit Russlands bedrohen. Er vergleicht sie mit einer schweren Krankheit, die alle Bereiche des Lebens der russischen Gesellschaft erfasst hat. Er hat ihr einen entschiedenen Kampf angesagt. Die Korruption sei zu einem Systemproblem geworden, so Medwedjew, dem eine Systemantwort entgegengestellt werden müsse.²⁰ Doch handelt es sich hier um ein zutiefst russisches Problem, das auch unter der Diktatur Stalins existiert hat. Auch neue Gesetze, die u.a. verschärfte Eigentumskontrollen vorsehen, werden hieran nichts ändern. Besonders werden die von Ministerpräsident Putin vorgeschlagenen Maßnahmen wenig verändern: Er glaubt dieses Krebsgeschwür der russischen Gesellschaft durch höhere Gehälter für die Beamten und durch die Beschneidung der Vollmachten des Verwaltungsapparates beseitigen zu können. Medwedjew schlägt nicht nur eine Modernisierung der Gesetzgebung vor, sondern meint, dass ein im Oktober 2008 von der Duma verabschiedeter „Plan zur Bekämpfung der Korruption“²¹ mit den darin vorgesehenen Maßnahmen ein nichtkorruptes Verhalten stimulieren werde. Gleichzeitig setzte er auf eine verstärkte Aufklärungsarbeit. „Die Rede ist hier von der Atmosphäre in der Gesellschaft: Wir müssen Antikorruptionsstandards des Verhaltens einführen, ohne dies wird nichts gelingen.“²² Doch da vorhergehende Antikorruptionskommissionen in den Jahren 2003 und 2004 ruhmlos endeten und besonders der Beamtenapparat nicht gewillt ist, auf die Milliarden seiner „administrativen Rente“ zu verzichten, wird wohl alles bleiben, wie es ist.

Die Korruption sei zu einem Systemproblem geworden, so Medwedjew.

GESETZGEBUNG UND RECHTSPRECHUNG

Die wirtschaftlichen Aktivitäten in einem Staat sind in hohem Maße von der Stabilität des Rechtssystems und der Objektivität

20 | www.newsru.com, 28. September 2008

21 | *Nezavisimaja Gazeta* (www.ng.ru), 1.10.2008.

22 | *Nezavisimaja Gazeta* (www.ng.ru); 20.5.2008.

vität der Rechtsprechung abhängig. Das hat auch Präsident Medwedjew erkannt. Er hat dies bereits zu Beginn seiner Amtszeit angemahnt und damit einen Finger in die offene Wunde des russischen Rechtssystems gelegt. Die Wirtschaft wird durch eine Vielzahl von Gesetzen eingeengt, von denen

Besonders schlecht steht es um den Schutz des Eigentums, wie auch westliche Investoren erfahren mussten.

viele je nach Laune geändert werden. Besonders schlecht steht es dabei um den Schutz des Eigentums, wie auch westliche Investoren erfahren mussten und noch erfahren müssen. Als Beispiel sei das Unternehmen NTK-BP genannt. In Hinblick auf russisches Kapital ist das bekannteste Beispiel der Fall Jukos.

Ein besonderes Kapitel stellt in diesem Zusammenhang die Rechtsprechung dar. Medwedjew thematisiert ein überaus leidiges Kapitel des russischen Rechtssystems, die so genannte Telefonrechtsprechung. Wurden zu Sowjetzeiten vor einem Urteil die interessierten Partei-, Geheimdienst- und Verwaltungsstellen „angerufen“ und nach ihren Wünschen zum Urteil befragt (das Urteil fiel dann auch entsprechend aus), so sind es heute neben Verwaltungsstellen insbesondere die kriminellen Strukturen, die Einfluss auf die Urteilsbildung nehmen können. Zudem spielt Geld eine wichtige Rolle: Ein großer Teil der Richter ist bestechlich. Auf ehrliche Richter (oder gerade auf sie) wird Druck von den verschiedensten Seiten und auf die verschiedenste Art ausgeübt, dem diese sich meist nicht entziehen können. Mit Geld lassen sich auch Gerichtsprozesse beschleunigen, denn Prozessverzögerungen sind eines der Instrumente der Gerichte, Zahlungen zu erhalten. „Schuld vergeht – für Geld“, sagte der Präsident. Von einer Unabhängigkeit der Gerichte kann bisher nicht gesprochen werden – ein Tatbestand, den auch Medwedjew angesprochen hat. Eine in den neunziger Jahren eingeleitete Rechtsreform ist in der Bürokratie stecken geblieben.²³

Ungerechte, auf der Basis der „Telefonrechtsprechung“ gefällte Urteile tragen eine Mitschuld an der Überfüllung der russischen Gefängnisse und den aus ihr resultierenden menschenunwürdigen Zuständen. Gennadij Gurkow, Abgeordneter der Partei „Gerechtes Russland“ hat darauf hingewiesen, dass es gerade die Korruption im Gerichtssystem Russlands ist, die zu einer spürbaren Zunahme der Zahl der in den letzten Jahren Verurteilten geführt hat. Er spricht von der unbe-

gründeten Einleitung von Verfahren, die oftmals aus Konkurrenzgründen mit Hilfe eines korrumpierten Rechtsapparats durchgeführt werden und in der „Eliminierung“ der unliebsamen Konkurrenten und politischen Rivalen enden. „Im Kern der Dinge sind die Gerichte gegenwärtig nur ein Anhängsel der Exekutive. Das Hauptproblem ihrer Ineffizienz besteht nicht nur in der Korruption und der Unprofessionalität ihrer Kader, sondern in dem von der Exekutive auf sie ausgeübten Druck.“²⁴ Eine eigens vom Präsidenten eingesetzte Arbeitsgruppe soll jetzt Vorschläge erarbeiten, wie die Funktionsfähigkeit des Gerichtssystems verbessert und dessen Unabhängigkeit gewährleistet werden kann und wie eine „Humanisierung der Rechtsprechung“ sowie die Bearbeitung der Rechtsfälle in angemessener Zeit erfolgen kann. Auch soll eine Entschädigung für natürliche und juristische Personen für ihnen von der Gerichtsbarkeit zugefügten Schäden möglich werden. Die Ausbildung der Richter soll verbessert werden.²⁵

Im Kern der Dinge sind die Gerichte gegenwärtig nur ein Anhängsel der Exekutive.

Die entsprechenden Gesetze zu schaffen und auch durch die Duma zu bringen, besitzt in der Prioritätenliste des Präsidenten einen hohen Rang. Nur gibt es in Russland bereits Gesetze, die viele von den genannten Forderungen erfüllen. Sie finden jedoch keine Beachtung. Es gilt, was der Vorsitzende des Verfassungsgerichts so formulierte: Die Gesetze werden anerkannt, die Machthaber aber haben das Recht, jederzeit davon abzuweichen. Es gilt das Wort Alexander Herzens, der zutreffend für seine Zeit wie für die Gegenwart schrieb: „Der Russe, gleich welcher sozialen Stellung, umgeht oder verletzt das Gesetz, wo immer er es ungestraft tun kann. Und die Regierung macht es nicht anders.“²⁶ Russland kann nach wie vor nicht als Rechtsstaat betrachtet werden. Daran wird sich wohl trotz der Bemühungen des Präsidenten auch in Zukunft nichts ändern.

DIE SCHÄDIGUNG DER UMWELT

Die Bewahrung der Umwelt war weder in der Sowjetunion ein prioritäres Ziel der Regierung noch ist sie es heute. Zu Sow-

24 | Ebd.

25 | www.newsru.com, 20. 5. 2008.

26 | Zitiert bei Margarete Mommsen / Angelika Nußberger, *Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland*, München 2007, S. 86. Dort auch zur Rechtssituation im Lande.

jetzeiten galt es, das Land mit seinen Bodenschätzen in hohem Tempo zu erschließen, was grobenteils unter dem Einsatz von Zwangsarbeitern geschah, die wohl an der Erfüllung ihrer Arbeitsnorm interessiert waren (davon hing die Größe der Essensration ab), nicht jedoch an einer Schonung der Umwelt. Die Umwelt stellte keinen Kostenfaktor dar. Dies führte und führt noch immer zur Verseuchung von Böden in den Ölfördergebieten und zur Verseuchung der Flüsse. Noch heute werden sogar in Sankt Petersburg 20 Prozent der Abwässer ungeklärt in die Newa entsorgt. Selbst im Gebiet um Moskau reichen die vorhandenen Kläranlagen nicht aus. Das dortige Trinkwasser gehört zum Schlechtesten in ganz Russland. Auf die Probleme, die der verseuchte Amur und die Verseuchung anderer großer Ströme mit sich bringt, und auf die atomare Verseuchung großer Regionen kann hier im Einzelnen nicht eingegangen werden.²⁷ Darlegungen des Vorsitzenden des Föderativen Rats für Naturressourcen und Umweltschutz im Jahre 2006 zeigen jedoch, dass wegen nicht vorhandener oder unzureichender Kläranlagen die Trinkwasserqualität eine ernst zu nehmende Bedrohung der Bevölkerung darstellt. Sie ist die Ursache für die große Anzahl von Magen- und Darminfektionen im Lande und die häufigen Hepatitis-Epidemien.²⁸ Ebenso katastrophal ist die Lage in Hinblick auf die Luftverschmutzung. Wasser- und Luftverschmutzung sind neben dem Alkoholismus die beiden am meisten ins Auge fallenden Ursachen für den schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung. Dutzende von Milliarden wären erforderlich, um diese Situation zu beseitigen. Doch gibt es wirklich den Willen dazu, und woher soll das Kapital kommen?

Noch heute werden in Sankt Petersburg 20 Prozent der Abwässer ungeklärt in die Newa entsorgt.

Flüsse. Noch heute werden sogar in Sankt Petersburg 20 Prozent der Abwässer ungeklärt in die Newa entsorgt. Selbst im Gebiet um Moskau reichen die vorhandenen Kläranlagen nicht aus. Das dortige Trinkwasser gehört zum Schlechtesten in ganz Russland. Auf die Probleme, die der verseuchte Amur und die Verseuchung anderer großer Ströme mit sich bringt, und auf die atomare Verseuchung großer Regionen kann hier im Einzelnen nicht eingegangen werden.²⁷ Darlegungen des Vorsitzenden des Föderativen Rats für Naturressourcen und Umweltschutz im Jahre 2006 zeigen jedoch, dass wegen nicht vorhandener oder unzureichender Kläranlagen die Trinkwasserqualität eine ernst zu nehmende Bedrohung der Bevölkerung darstellt. Sie ist die Ursache für die große Anzahl von Magen- und Darminfektionen im Lande und die häufigen Hepatitis-Epidemien.²⁸ Ebenso katastrophal ist die Lage in Hinblick auf die Luftverschmutzung. Wasser- und Luftverschmutzung sind neben dem Alkoholismus die beiden am meisten ins Auge fallenden Ursachen für den schlechten Gesundheitszustand der Bevölkerung. Dutzende von Milliarden wären erforderlich, um diese Situation zu beseitigen. Doch gibt es wirklich den Willen dazu, und woher soll das Kapital kommen?

WIE GEHT ES WEITER IN RUSSLAND?

Die Russländische Föderation steht an einem Scheideweg. Das Land verzeichnet zwar hohe wirtschaftliche Wachstumsraten und in den wichtigsten Ballungszentren eine Steigerung des Wohlstands. Andererseits ist das Wachstum weitgehend von der Möglichkeit des Exports von Erdöl und Erdgas abhängig. Hier aber wird ein Förderrückgang prognostiziert, was mittelfristig eine Abnahme der Zuflüsse von Öldollars er-

27 | Zur Umweltproblematik ausführlich: Werner Gumpel, „Umweltprobleme im heutigen Russland“, in: *KAS-Auslandsinformationen*, 9/2006, S. 61 ff.

28 | www.newsru.com, 3.6.2006.

warten lässt. Zumindest kurzfristig wird sich auch die Finanzkrise des Jahres 2008 negativ auswirken, da sie die Tötigung von Investitionen zur Erschließung neuer Vorkommen vermindern und die Erdölgesellschaften zur Kürzung ihrer Investitionsprogramme zwingen wird.²⁹

Diese Situation betrifft auch alle anderen Bereiche, die hier besprochen worden sind. Die Lösung aller angeführten Probleme erfordert einen hohen Kapitaleinsatz, für den die Voraussetzungen u.a. auch durch die wieder einsetzende Aufrüstung und die hohen Ausgaben zur Befriedung des Kaukasus nicht gegeben sind. Russland war und ist ein zutiefst dualistisches Land und gleicht in diesem Sinne nach wie vor einem Entwicklungsland. Wirtschaftlich ist es durch einige hoch entwickelte Industrien gekennzeichnet, denen schwach entwickelte und international nicht wettbewerbsfähige Wirtschaftszweige bei geringer Diversifizierung gegenüberstehen. Dies kann als sektoraler Dualismus bezeichnet werden. Daneben verzeichnen wir einen sozialen Dualismus. Er findet seinen Ausdruck in gravierenden Einkommensunterschieden bei der Bevölkerung, in dem Bestehen einer kleinen, sehr reichen Bevölkerungsschicht und einer großen Zahl von Armen. Schließlich besteht ein ausgeprägter regionaler Dualismus, d.h. dass wirtschaftlich entwickelten Landesteilen viele unterentwickelte oder gar nicht entwickelte Regionen gegenüberstehen.

Russland war und ist ein zutiefst dualistisches Land und gleicht in diesem Sinne nach wie vor einem Entwicklungsland.

Die Beseitigung dieser Dualismen und der mit ihnen verbundenen Probleme erfordert nicht nur einen immensen Kapitaleinsatz, sondern auch ein zielgerichtetes Vorgehen. Dazu gehört ein konsequenter Übergang zur Marktwirtschaft. In der Realität entstehen jedoch in den wichtigsten Bereichen der Wirtschaft monopolistische Marktstrukturen, die vom Staat sogar gefördert werden, da sie eine staatliche Einflussnahme erleichtern. Dies führt dazu, dass die Monopolunternehmen grobenteils ineffizient arbeiten. Zudem führt der Staat seit einiger Zeit faktisch eine Deprivatisierung durch, unterdrückt die Konkurrenz und berücksichtigt in seiner Wirtschaftspolitik nicht die reale Nachfrage. Gleichzeitig hält er sich dort zurück, wo er den kleinen und mittleren Produzenten im Land Hilfestellung gewähren könnte.³⁰ Der Staat mischt sich über-

29 | Vgl. hierzu: *Nezavisimaja Gazeta* vom 26.9.2008.

30 | Vgl. hierzu A. G. Aganbegjan, a. a. O., S. 27.

Noch immer besteht ein Denken in sozialistischen Kategorien.

all aktiv in den Wirtschaftsprozess ein, was durchaus auch im Sinne einiger Wirtschaftsbesitzer ist.³¹ Neue staatliche Gesellschaften werden gegründet. Das geschieht sowohl in der Bankensphäre als auch in verschiedenen Bereichen der materiellen Produktion. Noch immer also besteht ein Denken in sozialistischen Kategorien. Es findet Ausdruck in der bestehenden engen Verquickung von Politik, Wirtschaft und kriminellen Strukturen, die die weitere Entwicklung hemmt. Nach wie vor gilt das Postulat Lenins vom Primat der Politik über die Ökonomie.

Besonders notwendig wäre zunächst eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Weite Teile des Landes sind verkehrsmäßig schlecht oder gar nicht erschlossen. Dies ist eines der Hindernisse bei der Entwicklung und Besiedelung Ostsibiriens und des Fernen Ostens. Ein erheblicher Teil des Rohrleitungssystems ist 20 Jahre alt und älter und bedarf dringend der Erneuerung. Schätzungen besagen, dass dafür 175 bis 185 Milliarden Dollar erforderlich sind.³² Nur so kann die Vielzahl von Havarien mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die Umwelt vermieden werden. Auch die anderen Verkehrsträger wie Straßen und Bahnen bedürfen des weiteren Ausbaus und der Modernisierung. So lange die Infrastruktur nicht entwickelt ist, werden sich vor allem die kleinen Unternehmen nicht entfalten können. So lange hier nichts geschieht, werden die Ansätze zur wirtschaftlichen Entwicklung in der russischen Wegelosigkeit stecken bleiben.

Auch die bisher weitgehende Negierung des Umweltproblems wird sich negativ auf das wirtschaftliche Wachstum auswirken und zu schweren sozialen Verwerfungen führen. Die Verschmutzung der Wasserläufe und Seen, die Verseuchung des Bodens mit Öl aus defekten Rohrleitungen und bei der Ölförderung sowie mit radioaktiver Strahlung – all das hat, wie gezeigt, fatale Auswirkungen auf die Volksgesundheit und die Lebenserwartung der Menschen.

Dies führt zum Problem des Gesundheitssystems. Hier ist eine Reform vorgesehen, auch das System der Altersversorgung und die soziale Infrastruktur sollen modernisiert wer-

31 | www.newsru.com, 8.6.2008.

32 | Vgl. V. A. Dolinger, „Ekologiceskaja katastrofa – v upravlenii“, In *Eko (Ökonomie i Organisationswissenschaft)*, Nr. 4/2005.

den. Dies soll allerdings laut Aussage von Premierminister Putin erst bis zum Jahr 2020 geschehen sein.³³ „Wenn Russland ein Wachstum von sechs Prozent pro Jahr aufrecht erhalten kann, wird es nach zwanzig Jahren in die untere Gruppe der entwickelten Staaten aufrücken“, meint Abel Aganbegjan. Und weiter: „Nach dreißig Jahren dann können wir uns mit Deutschland, England und Frankreich vergleichen, wenn diese ihr Wachstumstempo von derzeit zwei bis drei Prozent im Jahr beibehalten.“³⁴ Die Regierenden wissen: Der russische Mensch ist geduldig.

Wenn Russland ein Wachstum von sechs Prozent pro Jahr aufrecht erhalten kann, wird es nach zwanzig Jahren in die untere Gruppe der entwickelten Staaten aufrücken.

Betrachtet man die gegenwärtige Entwicklung und die unge lösten Probleme,³⁵ vor denen das Land steht, so scheint diese wenig optimistische Prognose aus dem Mund eines der bekanntesten Wirtschaftswissenschaftler Russlands durchaus realistisch zu sein. Das bedeutet aber auch, und das ist der für uns optimistische Aspekt, dass dort noch auf Jahrzehnte ein fast grenzenloser Bedarf an neuen Technologien und Know-how sowie an modernen Ausrüstungen in fast allen Sektoren der Wirtschaft fortbesteht – Erzeugnisse, die unser Land liefern kann. Was dagegen Deutschland betrifft, so wird es langfristig auf den Import russischer Energieträger angewiesen sein. Deutschland ist nach wie vor der wichtigste Außenhandelspartner Russlands, sowohl bei den Exporten als auch bei den Importen.³⁶ Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit scheint daher trotz aller Widrigkeiten, mit denen deutsche Investoren und Geschäftsleute zuweilen im Land konfrontiert werden, auf längere Zeit gesichert – zum Nutzen sowohl Deutschlands als auch Russlands.

33 | *Nezavisimaja Gazeta* (www.ng.ru), 25.8.2008.

34 | A. G. Aganbegjan, , a.a.O., S. 28.

35 | Vgl. hierzu Werner Gumpel, „Russland – Quo vadis? Zur wirtschaftlichen und sozialen Zukunft Russlands“, in: *Politische Studien*, Heft 415, 58. Jg., September/Oktober 2007, S. 33 ff.

36 | Der deutsche Anteil an den russischen Importen beläuft sich auf 16,5 Prozent, an den Exporten auf 9,6 Prozent (2007). Quelle: World Bank: *Russian Economic Report Nr. 16*, Juni 2008, S. 25.